Der Wahlsieg der Berliner Linken-Politikern Elif Eralp und die Anfeindungen

geschrieben von Redaktion | 30. Oktober 2026

Wenn Angst die politische Sprache beeinflusst – Ein Kommentar von unserem Recherche-Team

Ende Oktober wurde durch Berichte des SPIEGEL bekannt, dass im Rahmen eines Autorisierungsprozesses für ein Interview versehentlich interne Vermerke aus Eralps Büro an die Redaktion übermittelt wurden. In diesen Notizen bat sie darum, die namentliche Nennung eines bekannten radikalen/anti-israelischen Aktivisten zu streichen. Als Begründung schrieb Eralp, dass sie und ihr Mann „Angst vor diesen Leuten“ hätten und sie sich und ihre Familie nicht in Gefahr bringen möchten. Der konkrete Auslöser war das Auftauchen des umstrittenen Aktivisten auf einer Wahlparty des Neuköllner Bezirksverbandes der Linken. Eralp und ihr Umfeld befürchten persönliche Vergeltungsmaßnahmen oder Angriffe durch radikale Akteure bzw. Terrorsympathisanten, wenn sie sich öffentlich namentlich gegen sie abgrenzt.

Elif Eralp will Berlin regieren – und fürchtet laut einem Bericht um ihre Familie, wenn sie sich zu einem Terrorsympathisanten äußert. Was sagt das über die Hauptstadt und den Vergleich mit dem RAF-Terror? Es ist eine beunruhigende Nachricht aus dem politischen Berlin: Die

Linken-Spitzenkandidatin Elif Eralp sieht offenbar ein Sicherheitsrisiko darin, einen Aktivisten aus einem extremistischen Umfeld öffentlich zum Thema zu machen. Ihre Partei gewann im September die Abgeordnetenhauswahl; ob Eralp Regierende Bürgermeisterin wird, hängt von der Regierungsbildung ab.

Die Panne und die Angst

Nach einem Bericht des „Spiegel“ gelangten interne Anmerkungen versehentlich mit einer Interviewfassung an die Redaktion. Darin begründete Eralp, warum eine Frage und ihre Antwort zu dem Aktivisten Ibrahim Ibrahim gestrichen werden sollten. Sie schrieb demnach: „Ich kann mich und meine Familie für den Spiegel nicht in Gefahr bringen.“ Sie und ihr Mann hätten „Angst vor diesen Leuten“. Ibrahim war bei einer Wahlparty der Neuköllner Linken zu sehen. Der „Spiegel“ bezeichnet ihn als Hamas-Sympathisanten und berichtet, er habe den Hamas-Chef Jahia Sinwar als „Märtyrerhelden“ bezeichnet. Ibrahim weist den Vorwurf zurück, Terrorismus zu unterstützen. Eralp hat Gewalt- und Terrorverherrlichung grundsätzlich verurteilt und sich auch bereits auf eine Frage zu Ibrahim von ihm abgegrenzt. Der aktuelle Vorgang betrifft ihre Weigerung, die konkrete Passage im Interview stehen zu lassen – nicht ein generelles Schweigen über Terror. Eralp verwies laut „Spiegel“ auf einen früheren Rat des Landeskriminalamts, keine Namen zu nennen; damals sei es um organisierte Kriminalität gegangen. Ihr Sprecher erklärte, sie sei seit Monaten Beleidigungen, Drohungen und Anfeindungen ausgesetzt. Eine unabhängige öffentliche Bewertung einer konkreten Bedrohung durch Ibrahim oder der Übertragbarkeit des früheren Rats auf diesen Fall liegt in den zitierten Berichten nicht vor.

Berlin: Brennpunkt, aber kein Einzelfall

Der Fall wirft Fragen an Eralp und ihre Partei auf: Wie werden Kontakte einzelner Parteiglieder zu extremistischen Milieus aufgearbeitet? Und wie kann eine mögliche Regierungschefin klare Grenzen setzen, ohne sich oder ihre Angehörigen unnötig zu gefährden? Die Neuköllner Linke veranstaltete 2025 ein Solidaritätsfest, bei dem ein Vertreter des Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees sprach. Nach Angaben des Berliner Verfassungsschutzes arbeiten unter dieser Bezeichnung Anhänger der Hamas und der PFLP zusammen. Das macht jedoch weder alle Palästina-Aktivisten zu Extremisten noch belegt ein gemeinsamer Auftritt für sich eine Straftat. Einschüchterung in der Politik ist nicht auf Berlin beschränkt. Das Bundeskriminalamt registrierte 2025 bundesweit 5.797 politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger. Das sind Delikte unterschiedlicher Art, nicht nur Gewalttaten; sie lassen sich auch nicht pauschal dem hier diskutierten Milieu zuordnen.

Ist es heute gefährlicher als zur RAF-Zeit?

Der Vergleich macht die Tragweite sichtbar, beweist aber keine Verschärfung. 1977 ermordete die RAF den Generalbundesanwalt Siegfried Buback und entführte und ermordete Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer. Terroristen wurden öffentlich gesucht und namentlich benannt. Daraus folgt allerdings nicht, dass damals jede gefährdete Person jeden Namen ohne Rücksicht auf Sicherheitsratschläge nannte. Die heutigen Statistiken sind mit der Lage der 1970er-Jahre nicht unmittelbar vergleichbar.

Die Antwort lautet daher: Berlin ist ein besonderer politischer Brennpunkt, aber kein isolierter Sonderfall. Dass eine mögliche Regierungschefin aus Angst eine öffentliche Aussage zurückzieht, ist ein Warnsignal – kein Beweis, dass die Stadt von Extremisten beherrscht wird oder die Gegenwart gefährlicher ist als der Deutsche Herbst. Der Staat muss Drohungen aufklären und Schutz gewährleisten; von der Politik darf man zugleich eine klare, überprüfbare Abgrenzung gegenüber Terrorverherrlichung erwarten.